Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brambach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 24. **Donnerstag, den 24. Februar 1910.** **38. Jahrgang.**

Zweites Blatt.

Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Die große Heerschau, die der Bund der Landwirte alljährlich in diesem Monat abzuhalten pflegt, fand Montag im Zirkus Busch in Berlin statt. Wegen Ueberfüllung mußte der Zirkus fast eine Stunde vor Beginn der Versammlung gesperrt werden. Es mochten etwa 6000 Personen, unter diesen auch zahlreiche Frauen, den Zirkus besetzt halten, als, lebhaft begrüßt, der Bundesvorsitzende Dr. Rösicke die Sitzung eröffnete. Er warf einen Rückblick auf die Reichsfinanzreform, die er als nationale Tat feierte. Die Erbschaftssteuer habe man zurückgewiesen, weil sie die heiligsten Empfindungen des deutschen Volkes anzutasten drohte. Die letzten Kämpfe hätten nun auch verschiedene Organisationen ins Leben gerufen. Da sei der Hansa-Bund, den nicht die Not, sondern der Ueberfluß geboren habe. Dort gebe es keine Ideale wie beim Bunde der Landwirte. Weiter der Bauernbund! (Pfuirufe.) Die Sache scheine international eingeführt zu sein. (Zwischenruf: Juden!) Aber der Plan, einen Keil in die geschlossene Phalanx des Bundes zu treiben, werde scheitern. Dem neuen Reichskanzler komme der Bund mit Vertrauen entgegen in der Hoffnung, daß er dieses Vertrauen rechtfertigen werde. Redner kommt dann auf die jüngsten Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens — auf die Straßendemonstrationen, zu sprechen. Diese seien nur ein Vorspiel für kommende Ereignisse. — Als nächster Redner ergreift Freiherr von Wangenheim das Wort. Er berührt zunächst die letzten Phasen der Reichspolitik und der Finanzreform. Das müsse gesagt werden, daß Zentrum und Polen jedenfalls nationaler gehandelt hätten als diejenigen, die jetzt öde über die Finanzreform zetern. „Wir wollen," so fährt Redner fort, „einen gesunden Mittelstand. Auf der anderen Seite aber stehen Großkapital und ein riesiges Proletariat. Wir sind für die Erhaltung jenes christlichen Geistes, der gestern in diesen nämlichen Räumen einen so beredten, imposanten Ausdruck gefunden hat." — Abgeordneter Dr. Dietrich Hahn schickt voraus, daß dem Bunde 130 000 Mitglieder östlich und 178 000 Mitglieder westlich der Elbe angehören, und daß nur 1650 Großgrundbesitzer zu ihm zählten. Es sei daher hinfällig, den Bund als eine Schöpfung der ostelbischen Großgrundbesitzer hinzustellen. Die Hetze gegen den Bund habe ihm jedoch keinen Schaden zuzufügen vermocht. Das Geschrei des Hansa-Bundes zeige eben, daß bei der Finanzreform die richtigen Steuerzahler getroffen worden sind. Der Liberalismus habe sich selbst umgebracht. Das hätten die Wahlen, wie der Redner näher erörtert, erwiesen. Mit einer Polemik gegen den Bauernbund, von dem man nicht wisse, woher er seine Mittel nehme, schließt Dr. Hahn. — Inzwischen ist eine Resolution unterbreitet, welche dem Vorstande das Vertrauen ausspricht, die wirtschaftliche Entwickelung der letzten Jahre die glänzendste Rechtfertigung der von dem Bund der Landwirte vertretenen Politik nennt und mit Genugtuung feststellt, daß diese Erkenntnis auch allmählich in den weitesten Kreisen zur Geltung kommt. Die Einigkeit dieser Stände sei eine nationale Notwendigkeit; um so schärfer verurteilte die Generalversammlung alle Bestrebungen, welche eine Verhetzung dieser Stände untereinander bezwecken.

Professor Dr. Suchsland-Halle (Saale) wandte sich hierauf ganz besonders gegen Prof. Dr. Hans Delbrück, der mit einer Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit in den preußischen Jahrbüchern die Erbschaftssteuern behandelt habe, wie man es von einem deutschen Gelehrten nicht erwarten sollte. — Chefredakteur Dr. Oertel: Man macht uns den Vorwurf, daß wir mit dem Zentrum zusammengehen. Wir gehen viel hundertmal lieber mit dem Zentrum als mit den Sozialdemokraten und Liberalen. Wir befinden uns dabei in bedeutend besserer Gesellschaft. — Reichstagsabg. von Oldenburg-Januschau, mit nicht endenwollenden Beifall empfangen, führt aus: Gegenüber dem Größenwahn des Liberalismus und den Demonstrationen der Sozialdemokraten bildet die Generalversammlung gewissermaßen eine Oase in der Wüste. In Preußen, insbesondere auf dem Lande, hat man für Radikalismus und Liberalismus und für künstliche Schichtung der Sozialdemokratie kein Verständnis. Wir werden nicht dulden, daß das preußische Wahlrecht auch nur im geringsten geändert werde. (Stürmischer Beifall.) Der Hansabund und der Bauernbund bekommen ebenso wie die Sozialdemokratie ihr Geld von der goldenen Internationale. Uns schadet das nichts. Für Geld kann man alles haben, nur nicht Ueberzeugungstreue. Ich hoffe, daß sich alle Landwirte dem Bunde anschließen werden. Wir brauchen eine blühende Landwirtschaft, eine gesunde Industrie, einen starken Mittelstand, eine christliche Monarchie und ein starkes Vaterland. (Stürmischer langanhaltender Beifall. — Nachdem noch eine Reihe von Rednern aus der Heimat Grüße gebracht und sich mit den Ausführungen der Vorredner einverstanden erklärt hatten, wurde die Resolution angenommen und alsdann die Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf Deutschland geschlossen.

* * *

Zur Generalversammlung des Bundes der Landwirte,, welche, wie alljährlich im Zirkus tagt, entnehmen wir dem Geschäftsbericht folgendes: „Das Jahr 1909 kann wohl seit der Gründung des Bundes der Landwirte als ein der kampfreichsten und als dasjenige bezeichnet werden, welches für die Existenzberechtigung und das feste Gefüge des Bundes die Feuerprobe bedeutete. Weder zurzeit der Handelsverträge, noch später zurzeit seiner sogenannten „Gemeingefährlichkeit", noch auch zu Zeiten der schwierigsten Reichstagswahlen ist er so gehässig und mit so unlauteren Waffen der Verdrehung und Verleumdung angegriffen und bekämpft worden. Noch nie sind zum Zweck dieser Bekämpfung von den Gegnern so große Mittel jeglicher Art zur Verfügung gestellt worden, als im Kampf um die Reichsfinanzreform und der daran anschließenden Mobilmachung aller sogenannten liberalen Parteiorganisationen, nachdem es gelungen war, die Steuergesetze von produktiven Kreisen nach der Richtung des Großkapitals und des müheloſen Gewinnes hinzulenken. — Diese Feuerprobe hat der Bund glänzend bestanden; er fürchtet den Kampf nicht, und wird seine ganze Kraft einsetzen, um unbeschadet aller Angriffe auf dem eingeschlagenen Wege weiterzuschreiten in seiner Arbeit für das Wohl der gesamten deutschen Landwirtschaft. Von den Reichstagsersatzwahlen, bei denen der Bund der Landwirte beteiligt war, beanspruchen diejenigen das meiste Interesse, welche nach Verabschiedung der Reichsfinanzreform stattfanden. In den vier Wahlkreisen, in denen der Bunde der Landwirte in uneigennützigster Weise liberale Kandidaturen und sogar sehr weit linksstehende gegen die Sozialdemokratie unterstützte. Schneeberg—Stolberg, Neustadt—Landau, Coburg und Halle siegten die Roten, in Landsberg—Soldin aber, wo der Bund die konservative Kandidatur unterstützte, wurde mit seiner Hilfe der Sieg erfochten. Auch in den ersteren vier Wahlkreisen ist trotzdem eine bedeutende Zunahme der Bundesstimmen zu verzeichnen." — Es werden dann die in Neuwahlen zum Landtage erörtert, von denen es heißt, daß auch sie, soweit der Bund unterstützend den verschiedenen Bundesstaaten vorgenommenen mitwirkte, der Sieg den Regierungsparteien zufiel. Diese Mitteilungen, so schließt der Bericht, zeigen nicht nur, daß der Einfluß der Bundesmitglieder auf den Ausfall der Wahlen in ganz Deutschland

trotz der Hetze infolge der Finanzreform

nicht ab-, sondern vielmehr weiterzugenommen hat, sondern auch, daß es der unermüdlichen aufklärenden Arbeit des Bundes gelungen ist, unter den Wählern ein richtiges Urteil über die Reichsfinanzreform und durch die durch sie nötigwerdenden geringen Preiserhöhungen zu verbreiten, was die Regierung bisher leider unterlassen und erst kürzlich im Preußischen Abgeordnetenhause durch den Finanzminister v. Rheinbaben getan hat."

Von der Abteilung Organisation des Bundes wurden im verflossenen Geschäftsjahre 9285 Versammlungen vorbereitet, von denen 610 der Unterstützung von Wahlen dienten. Zu Abhalten dieser Versammlungen standen 98 Beamte und Redner zur Verfügung. Demnächst sollen vom Bunde — In Bezug auf den Mitgliederstand des Bundes volkswirtschaftliche Lehrgänge abgehalten werden. äußert sich der Bericht: „Selbst die liberale Verhetzung durch die törichsten unwahren Ausstreuungen über die Reichsfinanzreform nach Schluß des Reichstages und während seiner Tagung ist nichts im Stande gewesen, die weitere Zunahme des Bundes aufzuhalten, geschweige denn an dem festen Gefüge des Bundes zu rütteln; ja sie hat, mitsamt dem wüsten Geschrei des Bauernbundes, dieses liberalen Wechselbalges, und

dem Goldregen spendenden Hansabunde,

bei den Landwirten die Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Tätigkeit des Bundes erst recht gefestigt und die Kampfes- und Opferfreudigkeit nur erhöht. Der Mitgliederstand ist wiederum erheblich gestiegen und beträgt jetzt 312 000. — Die Zahl der im Revisionsverbande des Bundes vereinigten Genossenschaften stieg auf 416. Die Abteilung für Maschinenwesen lieferte Maschinen und Geräte im Werte von über einer Million Mark an Bundesmitglieder und angeschlossene Genossenschaften ab. — Die Abteilung für Dünge- und Futtermittel vermittelte die Lieferung von über 5½ Millionen Zentnern im Werte von 9½ Millionen Mark. Der Umsatz der genossenschaftlichen Zentralkasse des Bundes betrug über 193 Millionen Mark.

Aus aller Welt.

Eine kirchliche Massen-Demonstration.

Zu einer großen religiösen Demonstrationskundgebung gegen die beiden Versammlungen, die vor einigen Tagen in Berlin von liberal-kirchlicher Seite einberufen waren und in denen die Frage diskutiert wurde, ob die Persönlichkeit Jesu überhaupt historisch sei, gestaltete sich, wie schon kurz berichtet, eine öffentliche Volksversammlung im Zirkus Busch, die vom Vorstande der Positiven Kirchlichen Vereinigung zur Pflege des evangelischen Lebens in Berlin einberufen worden war. Für die Versammlung war von positiv-kirchlicher Seite in den betreffenden Vereinen eine umfangreiche Propaganda entfaltet worden, und so strömten denn nach Beendigung der evangelischen Gottesdienste ungezählte Tausende nach der Burgstraße, die kurz nach 11 Uhr den weiten Kuppelbau bis auf den letzten Platz gefüllt hatten. Man sah zahlreiche Angehörige der höheren Stände, auch der Hofgesellschaft, ferner aber auch viele „kleine Leute". Aeußerst zahlreich waren die Frauen vertreten. Eine halbe Stunde nach Eröffnung des Zirkus hatten sich weitere Tausende auf dem Vorplatze angesammelt, die keinen Einlaß mehr fanden. Es wurde daher in aller Eile eine Nebenversammlung inszeniert, für die freiwillige Helfer die angesammelten Menschenmassen, die beinahe den Wagenverkehr ins Stocken brachten, nach dem nahe gelegenen „Feenpalast" einluden. Auch diese zweite Versammlung war bald überfüllt. Die ganze Veranstaltung stand unter dem Signum „Jesum lebt!" Dieses Thema wurde von den Rednern nach verschiedenen Richtungen erörtert. Jesus lebt, denn Gottes Wort bezeugt es, die persönliche Glaubenserfahrung bestätigt es, im öffentlichen Leben merkte man es, damit steht und fällt unsere Kirche und darum lasset uns halten an diesem Bekenntnis. Die Redner waren: Pastor Le Seur, Hofkammerrat Eismann, Lic. Mumm, Pastor Israel und Pastor Philipps. Die Ausführungen waren weniger wissenschaftlich-kritischer Art, als vielmehr Bekenntnisse zu Jesu aus den Erfahrungen persönlichen Glaubenlebens heraus. Zwischen den einzelnen Ansprachen, sowie zu Beginn und am Schluß wurden religiöse Lieder gesungen. Das Schlußgebet sprach Generalsuperintendent Dr. Faber.

— **Höhenflug eines deutschen Zweideckers.** Herr Max Oertz aus Hamburg hat mit einem Flugapparat eigener Konstruktion, an dem er seit längerer Zeit arbeitete, bei Schneverdingen in der Lüneburger Heide Aufstiege unternommen, die ihm einen glänzenden Erfolg brachten. Bei einem Aufstieg erreichte er eine Höhe von 150 Meter und schlug damit den bisher von Grade gehaltenen Höhenrekord für deutsche Apparate. Der neue Flieger ist der erste deutsche Zweidecker, der mit Erfolg Aufstiege unternahm. — Max Oertz, der neue Flugtechniker, ist der bekannte Hamburger Jachtkonstrukteur.

*

Fünf Personen ertrunken.

Ein furchtbares Bootsunglück ereignete sich am Sonntag abend gegen 8 Uhr auf der Weser in der Nähe von Rönnebeck. Ein mit 9 Personen besetztes Fährboot wurde in der Dunkelheit von dem Schnelldampfer „Argentina" angerannt und zum Sinken gebracht. Der Schnelldampfer tat sein möglichstes, um die ins Wasser gefallenen Personen zu retten, doch gelang es ihm nur, vier Personen lebend aus dem Wasser zu ziehen, die anderen fünf ertranken.

*

— **Explosion eines Lokomotivkessels.** Als ein vom Bahnhof Wedding abgelassener Nordringzug Dienstag früh 6,50 Uhr in den Bahnhof Berlin-Beußelstraße einlief, erfolgte plötzlich eine Explosion des Lokomotivkessels. Der Lokomotivführer erlitt schwere Brandwunden und mußte nach dem Krankenhause Moabit gebracht werden. Ein Heizer ist mit leichteren Verletzungen an den Armen davongekommen. Der Bahnverkehr konnte aufrechterhalten werden. Die Eisenbahndirektion in Berlin leitete sofort eine Untersuchung des Falles an.

Die nachträglichen Feststellungen ergaben, daß bei dem Unfall eine Kesselexplosion nicht vorlag. Der Führer und der Heizer wurden nicht lebensgefährlich verletzt.

— **Gut abgelaufen** ist ein Zwischenfall, der am Dienstag dem Herzog Georg in Meiningen zugestoßen ist und der leicht hätte üble Folgen haben können. Mittags traf in Meiningen die Großherzogin von Sachsen ein und wurde am Bahnhof vom Herzog Georg II. empfangen. Die Herrschaften bestiegen einen zweispännigen Wagen. Bei der Einfahrt in die Stadt wurden die Pferde etwas unruhig. Der Herzog befahl daher dem Kutscher, nicht nach dem Schloß, wo eine Ecke zu nehmen war, zu fahren, sondern geradeaus. Dadurch gelang es dem Kutscher, die Pferde zu beruhigen, so daß die Herrschaften einen anderen Wagen, der ihnen gefolgt war, besteigen konnten. Ein ernster Unfall hat nicht stattgefunden. Der Herzog und die Großherzogin sind unverletzt geblieben.

— **Ein Dienstmädchen** von einem Soldaten ermordet. Aus Neumünster meldet der Draht: Montag morgen kurz nach 6 Uhr erschien der Musketier Bachmann vom 163. Infanterieregiment in blutbefleckter Uniform und meldete seinem Feldwebel, daß er in der Nacht ein junges Mädchen ermordet habe. Die Untersuchung ergab, daß er im Hause Kuhberg 28 das Dienstmädchen Riek durch einen Stich ins Herz und durch Oeffnen der Pulsadern schwer verletzt hat. Das Mädchen, das sofort ins Krankenhaus geschafft wurde, dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Ursprünglich wollten beide gemeinsam aus dem Leben scheiden.

— **Mord auf der Landstraße.** Zwischen Ohrdruf und Hohenkirchen wurde nachts der 42 Jahre alte verheiratete Maurer Robert Keysner aus Hohenkirchen auf entsetzliche Weise ermordet. Der verhaftete Mörder, der seinem Opfer mehrere Revolverschüsse beibrachte und ihm den Hals durchschnitt, ist der verheiratete Tagelöhner Adlung, Vater von sieben Kindern. Er ist geständig und will die Tat aus Eifersucht begangen haben.

— **Dampfer gestrandet.** Auf eine von der Lloyd-Agentur verbreitete Nachricht, daß das deutsche Schiff „Hohenzollern" von Bremen bei Bird Island in der Dunwoody Bay gestrandet und völlig wrack geworden sei, ohne daß es gelungen sei, die Besatzung zu retten, hat sich der deutsche Konsul in Queenstown nach der Unfallstelle begeben, um näheres über den Namen und die Staatszugehörigkeit des verlorenen Schiffes festzustellen, da es ein Schiff mit Namen „Hohenzollern", das in Bremen beheimatet wäre, ausweislich der amtlichen Schiffsliste nicht gibt.

— **Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.** Zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe hat der König den am 12. Dezember vorigen Jahres wegen Ermordung seines unehelichen Kindes vom Schwurgericht in Bautzen zum Tode verurteilten Kutscher Emil Richard Vetter aus Bischheim bei Kamenz begnadigt.

— **Verurteilte Gattenmörderin.** Das Schwurgericht zu Hanau verurteilte die 22jährige Witwe Hubold, die am 19. September ihren im Bett liegenden Mann mit einer Axt erschlagen hatte, unter Zubilligung mildernder Umstände wegen Totschlages zu zwei Jahren Gefängnis.

— **Der Straßburger Hauseinsturz.** Nach zweitägiger Strafverhandlung wurde das Urteil gegen den Bauunternehmer Kern gefällt, auf dessen Neubau im Oktober vorigen Jahres durch einen Einsturz vier Arbeiter getötet und zwölf verwundet wurden. Kern, ein früherer Schutzmann, hatte die allgemein anerkannten Bauregeln beim Bauen außer Acht gelassen. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

— **Ein Opfer der Hypnose.** Ein 20jähriger Glastechniker in München hat während einer Zechgesellschaft im Wirtshaus ein 18jähriges Mädchen hypnotisiert, das seitdem trotz aller ärztlichen Bemühungen nicht zu erwecken war. Die Unglückliche wurde in die Psychiatrische Klinik gebracht; der Hypnotiseur ist verhaftet worden.

*

Der Sturm an den britischen Küsten.

Der Orkan erneuerte sich über den britischen Inseln und richtete großes Unheil an. Bei Tenby herrschte solcher Sturm, daß 6 Dampfer und vier Segelschiffe in der Reede von Caldy unweit Tenby vor Anker gehen mußten. Das Rettungsboot ging ab, um einem bei Caldy gestrandeten Schoner beizustehen. Der Londoner Dampfer „Fremfield" wurde in Clyde auf den Strand geweht, wo er festsitzt., In der Dunworley-Bucht wurden viele Schiffstrümmer und die Leiche eines Matrosen, der italienische Briefe in den Taschen hatte, an den Strand getrieben. Hunderte der schönsten Bäume wurden im Park von Market Drayton und im Distrikt von Langollen entwurzelt. An einem Ort in Wales wurde eine Scheune vom Sturm wie ein Ballon in die Luft gehoben und eine Strecke weit fortgetragen. Im Norden von Jorkshire hat der Orkan unter den Pachtgütern enormen Schaden angerichtet. Viele Gebäude, Bäume und Mieten wurden total vernichtet. Die Itendität des Schiffes, das, wie bereits gemeldet, bei den Klippen The Old-Head Of Kinsale an der irischen Küste mit der ganzen Besatzung unterging, ist noch nicht sicher festgestellt. Es scheint jedoch kein deutsches Schiff, sondern ein italienisches Segelschiff namens „F. S. Ciampi" gewesen zu sein, das mit Salpeter beladen war. Es strandete in der Nacht an der Birdinsel, wurde zertrümmert, und alle an Bord kamen um. Wieviele es sind, ist unbekannt. Das Rettungsboot ist abgegangen.

Wiedereinführung der indirekten Wahl.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag einen konservativen Antrag, der verlangt, daß die Abgeordneten durch Wahlmänner gewählt werden sollen. Nach langen grundsätzlichen Debatten über die Vorzüge der direkten und indirekten Wahl erklärte das Zentrum, daß es zu Opfern gegenüber der konservativen Auffassung bereit sei, wenn von den Konservativen und der Regierung die geheime Wahl zugestanden würde. Das Zentrum bringt einen Antrag ein, wonach der bereits gefaßte Beschluß auf Einführung der geheimen Wahl in Verbindung gebracht wird mit dem konservativen Antrag, welcher die indirekte Wahl durch Wahlmänner beibehalten will. Der Redner der Sozialdemokratie wendet sich gegen das Zentrum. Jenes opfere durch sein heutiges Vorgehen ohne weiteres auch die direkte Wahl, nachdem es schon früher durch seine matte Haltung gegenüber dem gleichen Wahlrecht gezeigt habe, daß es ihm wenig ernst mit diesem Ziele sei.

Der Minister des Innern erklärte, wenn durch den Vorschlag der Konservativen mit Hilfe anderer Parteien die indirekte Wahl in das Gesetz wieder hineingebracht werden sollte und wenn dafür die geheime Wahl seitens ihrer bisherigen Gegner akzeptiert würde, nachdem Merkmale aufgetaucht seien, daß diese geheime Wahl dem öffentlichen Wunsche entspricht, so würde die Vorlage dadurch so geändert werden, daß ihr Zustandekommen in hohem Maße gefährdet sei. Der Vertreter der Konservativen erklärte hierauf, daß seine Partei eine Einigung mit der Staatsregierung über das Gesetz wünsche, seine Partei sei nach wie vor Anhängerin der öffentlichen Wahl; da aber die Kommission einmal die geheime Wahl beschlossen habe, so müßten seine Parteifreunde diesem Umstande Rechnung tragen, und sie würden die indirekte Wahl auch dann annehmen, wenn nach dem Vorschlage der Zentrumspartei die Wahl der Wahlmänner geheim vorgenommen werde. Ein Regierungsvertreter gibt eingehende statistische Mitteilungen. Bei den Reichstagswahlen seien bedeutend mehr Stimmen für die Sozialdemokraten und Polen abgegeben worden als bei der öffentlichen Landtagswahl. Ein nationalliberaler Redner erwiderte darauf, daß diese Zahlen für die Entscheidung der Kommission gar keine Bedeutung weiter haben, als daß sie den Beweis lieferten, daß die öffentliche Wahl die vorhandenen Strömungen nicht zur Geltung kommen lasse. Man vernichte solche Strömungen nicht dadurch, daß man sie hindere, bei der Wahl entsprechend in Erscheinung zu treten. Die nationalliberale Partei fordere getrennte Abstimmung über die Frage der direkten und der geheimen Wahl. Sollte nach den Vereinbarungen der Konservativen die indirekte Wahl mit dem geheimen Wahlrecht gemeinsam zur Abstimmung kommen, so würden die Nationalliberalen vorerst dafür stimmen, sich aber ihre definitive Entscheidung vorbehalten, je nachdem wie sich die Vorlage gestalte.

In der Abstimmung wird der Kompromißantrag der Konservativen und des Zentrums gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Hierauf wird die Regierungsvorlage entsprechend diesem Kompromiß umgestaltet, indem alle Bestimmungen über die direkte Wahl beseitigt und die bisherigen Vorschriften über die Wahl der Wahlmänner wieder hergestellt werden. Zu § 12 der Regierungsvorlage, der einzelne Bestimmungen über die Wahltaktik enthält, wird ein Antrag des Zentrums angenommen, wonach in Zukunft Einsprüche gegen die Aufstellung der Wahllisten nicht mehr innerhalb einer Woche, sondern innerhalb 10 Tagen eingebracht werden müssen. § 13 wird ebenfalls in der von den Konservativen vorgeschlagenen Form angenommen: „Die Abteilungen werden von denselben Behörden festgestellt, die die Stimmbezirke abgrenzen. Eben diese Behörde hat für jeden Stimmbezirk die Räumlichkeit, in der die Abteilungsliste des Bezirks offen auszuliegen und die Wahl der Wahlmänner abzuhalten ist, zu bestimmen und die Wahlvorsteher, die die Wahl zu leiten haben, zu ernennen." Die folgenden §§ 15 und 16 werden ebenfalls nach dem angenommenen Kompromißantrag abgeändert. Zu § 17, der nach der Vorlage lautet: „Die Wahl findet entweder in gemeinschaftlicher Versammlung zu bestimmter Stunde (Terminwahl), oder in einer nach Anfang und Endtermin festzusetzenden Abstimmungsfrist (Fristwahl) statt", beantragen die Freisinnigen grundsätzlich, die Wahl der Wahlmänner nur noch in der Form der Fristwahl vorzunehmen. Für den Antrag erklären sich auch die Redner des Zentrums, der Nationalliberalen, Sozialdemokraten und Polen. Eine lebhafte Debatte entspann sich noch bei dem konservativen Antrag zu § 22, der von der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner handelt. Ein freisinniger Redner beantragt, daß diese Wahl mittels Stimmzettel erfolgen solle. Die Redner der Konservativen und des Zentrums sprechen sich entschieden gegen diesen Vorschlag aus. Die Debatte wird am Donnerstag vormittag fortgesetzt.

Trauerfeier für den verstorbenen Reichstags-Präsidenten.

In der Dreifaltigkeitskirche in Berlin fand Dienstag nachmittag 4 Uhr die öffentliche Trauerfeier für den verstorbenen Präsidenten des Reichstages des Grafen Udo Stolberg-Wernigerode, statt. Schon kurz nach 3 Uhr begann sich die räumlich sehr beschränkte Kirche zu füllen. Vertreten waren Abordnungen des Reichstages, des Landtages und der städtischen Behörden. Das preußische Staatsministerium, an seiner Spitze der Reichskanzler, v. Bethmann-Hollweg, war nahezu vollständig erschienen, ebenso die meisten Mitglieder des Bundesrats, ferner die zurzeit in Berlin weilenden Generäle und das gesamte Offizierkorps des Garde du Corps und der Gardekürassiere. Die Aufbarung des Eichensarges vor dem Altar war würdig und schlicht, ohne Prunk und Pracht, wie es der Entschlafene gewünscht hatte. Am Kopfende des Sarges ruhten die Kränze des Kaisers und des Kronprinzen, mit denen der Familie. Im Kreise folgten dann eine große Fülle von Blumen und Arrangements mit Widmungsschleifen. Sämtliche Fraktionen des Reichstages hatten Kranzspenden niederlegen lassen. Kurz vor 4 Uhr erschien der Kronprinz in der Uniform der Kasewalker Kürassiere. Nach einer kurzen Begrüßung der näheren Verwandten des Verstorbenen sowie der Staatsminister nahm der Kronprinz neben dem Reichskanzler Platz. Hierauf begann die Feier die durch einen Chorgesang „Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben" von Blumer, eingeleitet wurde. Nach diesem folgte eine Ansprache des Konsistorialrates Lahusen, in der er die Verdienste des Vergangenen um das deutsche Reich eingehend würdigte und unter anderen hervorhob, daß dieser der erste Präsident des Reichstages gewesen sei, den der Tod mitten aus seiner Amtstätigkeit abberufen habe. Ein abermaliger Chorgesang beschloß die würdige Feier. Kurz vor 5 Uhr leerte sich das Gotteshaus und es folgte die Ueberführung der Leiche in feierlichem Zuge nach dem Lehrter Bahnhof. Voran schritt das Trompeterkorps des Regiments der Garde du Corps, es folgten die Unterbeamten des Reichstages, der Verein ehem. Angehöriger des Garde du Corps, der einfache prunklose Leichenwagen, die nächsten Leidtragenden, der erste Vizepräsident des Reichstages, der Stellvertreter des Reichskanzlers, die übrigen Leidtragenden, der Gesamtvorstand des Reichstages, die Galawagen Ihrer Majestäten, die Kranzwagen und am Schluß ein Zug berittener Schutzmannschaft. — Abends um 10,50 Uhr wurde die Leiche nach Döhnhofstädt in Ostpreußen überführt, wo sie in der Familiengruft beigesetzt wird.

Der Eisenbahnminister über die Fahrkartensteuer.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte die Beratung des Eisenbahnetats fort mit einer Verhandlung über dessen wirtschaftliche Seite. Der Eisenbahnminister teilte über die Wirkung der Fahrkartensteuer mit, daß im Jahre 1906 infolge der Steuer in wenigen Monaten durch die Abwanderung in die niedrigeren Klassen ein Ausfall von 7 bis 8 Millionen Mark entstanden sei, daß indessen die Mehreinnahmen im Personenverkehr gegenüber den Vorjahren in den Jahren 1907 und 1908 trotz der wirtschaftlichen Depression 14½ Millionen bezw. 15¾ Millionen betragen hätten, und daß er im Jahre 1909 mit einer Mehreinnahme im Personenverkehr von 26 Millionen Mark rechne. Einen besonderen Fortschritt in den Einnahmen habe die vierte Klasse im Jahre 1907 gezeigt. Um die Härten der Fahrkartensteuer abzuschleifen, habe er zunächst in der Reichsfinanzkommission das Projekt vorgeschlagen, die Fahrpreise prozentual zu erhöhen, und zwar die der vierten Klasse um 3½ bis 4 Prozent. Dieses Projekt habe aber bedauerlicherweise auf keiner Seite Beifall gefunden. Ein zweites Projekt, die Fahrpreise in allen Klassen in bestimmten Beträgen zu erhöhen, sei auch nicht angenommen worden. Er erwäge daher die Frage, ob die Abwanderung aus der ersten Klasse nicht durch eine Ermäßigung des Preises abzuwenden sei. Der Minister teilte ferner mit, daß er beabsichtige, die Personenzüge möglichst alle ohne erste Klasse laufen zu lassen. Am 1. Oktober dieses Jahres werde ein einheitliches Werk über alle Lokalgütertarife, die in Preußen gelten, erscheinen. Ein großer Erfolg sei die Erreichung der Deutschen Tarifgemeinschaft, die nunmehr einheitlich dem Auslande, insbesondere Oesterreich, gegenübertrete. Die Deutsche Wagengemeinschaft habe sich vortrefflich bewährt.

In einer Resolution sprach sich die Kommission für eine Aufstellung des Eisenbahnetats ohne Rücksicht auf den Gesamtstaatshaushalt allein nach den Wirklichkeitsverhältnissen aus.

Auf eine überraschende Wendung

in der Mannesmann-Minenangelegenheit

bereitet ein offiziöses Berliner Telegramm der „Münch. Neuest. Nachr." vom Sonnabend vor, worin es heißt: Nach unseren Informationen besteht kein Anlaß, die gegenwärtigen Vorgänge in und gegen Marokko irgendwie tragisch zu nehmen. Gerade darum ist es ein unschönes Manöver, wenn eine aus Tanger stammende Depesche des „Temps" die Tatsache, daß einer der Herren Mannesmann nach Fez zum Sultan gereist ist, dahin deutet, als ob die Firma Mannesmann die Seele des Widerstandes gegen die französische Politik in Marokko sei und damit in ausgesprochenen Gegensatz gegen die deutsche Regierung trete. Herr Mannesmann, den der Sultan wegen der in schwierigen Zeiten geleisteten Dienste hochschätzt, hat nicht den mindesten Grund, Marokko in einen Konflikt mit Frankreich zu treiben, wobei seine großen wirtschaftlichen Pläne in die Brüche gehen würden. Wie sich in der soeben gegründeten Marokkanischen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten Franzosen und Deutsche unter Zuziehung von Vertretern anderer Nationen für das Gebiet der Hafenbauten ꝛc. geeinigt haben, so werden sich wahrscheinlich auch die Mannesmann-Gruppe und die Schneider-Krupp-Union verständigen. Damit allein dürfte die Reise des Herrn Mannesmann nach Fez zusammenhängen. Möglicherweise wird man hierüber bei der Beratung des Auswärtigen Etats im Deutschen Reichstag (in 14 Tagen) Auskunft erhalten.

Herr v. Schoen wird erleichtert aufgeatmet haben, als er zum erstenmale die Nachricht von der bevorstehenden Einigung der bisher gegeneinander streitenden Syndikate erhielt. Wenn sich die in dem offiziösen Telegramm des Münchener Blattes enthaltene Annahme bestätigt, so wäre wieder ein böser deutsch-französischer Konfliktsstoff aus der Welt geschafft, ohne daß es erst des Apparates eines Schiedsgerichts bedurfte.

Neue Parlamentskrise in England.

Montag hat in London die eigentliche Parlamentseröffnung mit der Verlesung der Thronrede (Siehe unter England) durch König Eduard stattgefunden. In der Debatte, die sich gleich nach der Abfahrt des Königs über die Thronrede entspann, erklärte Balfour, er begrüße mit der größten Genugtuung die Ankündigung in bezug auf die Marine und vertraue darauf, daß dies bedeuten solle, daß die Regierung entschlossen sei, der Lage gerecht zu werden und ohne Rücksicht auf die Kosten für eine angemessene Flottenverteidigung des Reiches zu sorgen. Nachdem Balfour dann noch auf die Unsicherheit des Wahlergebnisses hingewiesen hatte, erhob sich unter lautloser Stille der Premierminister Asquith.

Abgesehen von der nötigen Vorsorge für die Finanzen sei, so führte Asquith aus, die Oberhausfrage die einzige Frage, an die die Regierung heranzutreten beabsichtigt. Garantien von der Krone habe er nicht erhalten, habe auch keine zu erhalten gewünscht. Denn es sei Pflicht des verantwortlichen Staatsmannes, den Namen des Monarchen und die Prärogative der Krone bei der Politik möglichst aus dem Spiele zu lassen, auf Generalvollmachten könne sich auch kein konstitutioneller Staatsmann einlassen. Die Regierung schlage zunächst vor, das Budget zu beraten und dann mit Resolutionen bezüglich des Oberhaus-Vetos vorzugehen, d. h. den Standpunkt der Regierung in dieser Frage zunächst durch Parlamentsbeschlüsse festzulegen. Asquith schloß, die Regierung wünsche es klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie mit dem Budget und der Oberhausfrage stehe oder falle. Wenn das Haus mit den Vorschlägen der Regierung nicht einverstanden sei, müsse diese sich der Entscheidung des Unterhauses beugen.

Ein Ultimatum der Iren.

Nach Asquith sprach der Führer der Iren, Redmond, der keinen Zweifel darüber ließ, daß ihm und seiner Gefolgschaft das Schicksal des Kabinetts Asquith sehr gleichgültig ist. Redmond betonte zunächst die Unabhängigkeit der Nationalistenpartei und erklärte sodann, nur wenn die Regierung ihnen Sicherheit gäbe, daß eine Vetovorlage noch in diesem Jahre zum Gesetz erhoben würde, würden die Nationalisten für das Budget stimmen. Sie seien bereit, diesen Preis zu zahlen, aber nicht umsonst oder für etwas ganz Ungewisses.

*

Auch im Oberhaus wurde über die Thronrede debattiert. Lord Lansdowne erklärte, wenn das Budget vom Unterhause angenommen würde, so werde dies auch vom Oberhause geschehen. Er fragte die Regierung, ob sie das Mandat zu haben glaube, die Verfassung des Landes in Stücke zu brechen, das Zweikammersystem aufzuheben und nur eine einzige Kammer einzuführen. Lord Rosebery machte den Vorschlag, daß die Lords, die mit einer Reform einverstanden seien, einen Reformplan einbringen möchten, ohne die Vorschläge der Regierung abzuwarten, so daß dem Lande zwei Pläne unterbreitet würden. Die Peers müßten anerkennen, daß das Land sich gegen das Prinzip der Erblichkeit ausgesprochen habe.

Deutschland.

— **Graf Aehrenthal** ist in Berlin zum Besuche eingetroffen. Im Laufe des Dienstag-Vormittags stattete Graf Aehrenthal dem Reichskanzler einen Besuch ab, woran sich eine Unterredung beider Staatsmänner schloß, die gegen eine Stunde dauerte. Um 12½ Uhr wurde Graf Aehrenthal vom Kaiser in Audienz empfangen. Um 1 Uhr fand bei dem Kaiserpaar im königlichen Schlosse eine Frühstückstafel statt. Am Abend war zu Ehren des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern beim Reichskanzler ein Diner. Heute ist Diner beim österreichisch-ungarischen Botschafter, an dem voraussichtlich auch der Kaiser und die Kaiserin teilnehmen werden und am Donnerstag findet Diner beim bayerischen Gesandten Grafen v. Lerchenfeld statt. Am Donnerstagabend ist ein Essen beim Staatssekretär des Auswärtigen Frhrn. v. Schoen. Donnerstag abend erfolgt auch voraussichtlich die Abreise des Ministers nach München.

Der Kaiser hat dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Freiherrn von Aehrenthal die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden verliehen.

— **(Orientreise des Prinzenpaares Eitel-Friedrich.)** Prinz und Prinzessin Eitel-Friedrich werden, den „Kieler Neuesten Nachrichten" zufolge, ihre Reise an Bord der Jacht „Hohenzollern", die sie nach Palästina führt, auch auf Aegypten ausdehnen.

— **Die Beisetzung** der Fürstin Hermine zu Schaumburg-Lippe fand Dienstag im Beisein sämtlicher Mitglieder des fürstlichen Hauses statt. Außerdem hatten sich eingefunden in Vertretung des Kaisers Prinz Eitel-Friedrich, der Großherzog von Oldenburg, der Großherzog von Sachsen-Weimar, der Herzog von Sachsen-Altenburg, Fürst und Fürstin zur Lippe, Fürst und Fürstin zu Waldeck-Pyrmont, Landgraf zu Hessen, Prinz Albert von Schleswig-Holstein, und andere Leidtragende und Abgesandte auswärtiger Höfe. Prinz Eitel-Friedrich legte am Sarge einen prachtvollen Kranz nieder. Die feierliche Beisetzung erfolgte im Mausoleum zu Stadthagen.

— **Die Beisetzung** des verstorbenen Reichstagspräsidenten in Dönhoffstädt findet am Donnerstag nachmittag 1 Uhr statt. Zu den Beisetzungsfeierlichkeiten entsendet der Reichstag eine Deputation von 20 Mitgliedern, die von den Fraktionen gewählt werden.

— **Kronprinz Konstantin** von Griechenland hat sich wieder nach Schloß Friedrichshof bei Cronberg im Taunus begeben, wo zurzeit auch die Kronprinzessin Aufenthalt genommen hat.

— **Der neue Botschafter am spanischen Hofe.** Zum Nachfolger des Grafen v. Tattenbach als deutscher Botschafter in Madrid ist der Gesandte in Lissabon, Prinz Max zu Ratibor und Corvey, ausersehen.

— **(Bebels siebzigster Geburtstag.)** Bebel beging Dienstag die Feier des 70. Geburtstages in rüstiger Frische. Parteifreunde und Verehrer aus allen Teilen Deutschlands und dem Auslande hatten Bebels Heim mit Flieder und vor allem mit roten Blumen gefüllt. Ein großes Blumenschiff sandte der „Vorwärts"-Verlag, ein umfangreiches Album mit Unterschriften und Sprüchen die Parteileitung. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei widmete August Bebel und seiner Gattin zwei silberne Ehrenbecher. Die Berliner Parteischule überreichte eine Adresse. Die „Rheinische Zeitung" in Köln schickte eine Abbildung der alten Deutzer Festungskasematte, in der Bebel das Licht der Welt erblickt und seine Jugendjahre verlebt hat. Ein Verehrer Bebels aus Frankfurt sandte eine Marmorbüste des Dennschnes. Glückwunschtelegramme lesen bündewise ein. Ihre Zahl dürfte 1000 übersteigen. Der 70. Geburtstag August Bebels wurde auch in Paris gefeiert.

— **(Die Reichs-Wertzuwachssteuer.)** Wie der „Frkf. Ztg." aus Berlin berichtet wird, wird die Reichs-Wertzuwachssteuer, die nach einer Bestimmung der Reichsfinanzreform zum erstenmale 1912 eingeführt sein muß, dem Reichstage noch in dieser Session zugehen.

— **(Die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses vertagt.)** Eine parlamentarische Korrespondenz schreibt: Die Novelle zum Wohnungsgeldgesetz, die der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben unter der Bedingung dem Landtage vorlegen wollte, daß am Entwurf keine Aenderungen vorgenommen werden, um die Uebereinstimmung zwischen der Wohnungsgeldbemessung im Reiche und in Preußen herbeizuführen, dürfte vorläufig dem Abgeordnetenhause nicht zugehen, da seitens einiger Fraktionen, namentlich der Liberalen, diese Bedingung nicht angenommen worden ist. Die Regelung der Materie muß deshalb auf die nächste Session verschoben werden, ohne daß ein anderes Resultat erzielt werden wird. — Diejenigen Beamten, die durch die Regelung zum 1. April 1910 bessergestellt worden wären, müssen also, wenn sich die Nachricht bestätigt, ein Jahr warten. Die Beamten in Orten, die deklassiert werden sollen, wären nicht geschädigt worden, da sie die erhöhten Zuschüsse weiter erhalten, bis sie aus ihrem Dienstort versetzt werden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— **Bürgermeister Dr. Lueger** ist Dienstag vormittag in der Narkose operiert worden. Neue große Eiterherde haben sich eröffnet. Der Zustand des Patienten ist sehr ernst, die Aerzte wachen an seinem Lager ununterbrochen.

Bulgarien.

— **(Bulgarische Kampfbereitschaft.)** Dem „Newyork Herold" wurde ein Brief eines bulgarischen Offiziers in Dubnitza an einen österreichischen Generalstabsoffizier übermittelt. Nach diesem Briefe liegen 40 000 bulgarische Soldaten in Dubnitza und Küstendil, 3 Stunden von der türkischen Grenze entfernt, die schwere Feldgeschütze besitzen. Ein Generalstabs-Büro ist in Dubnitza eingerichtet worden, das mit dem Kriegsminister in Sophia in ständiger Verbindung steht. Zahlreiche junge Bulgaren sind bei ihren Regimentern eingetroffen. Die Einberufung der Truppen hat unter der gesamten Bevölkerung lebhafte Beunruhigungen hervorgerufen. Der Bahnverkehr ist für gewöhnliche Reisende eingestellt, ausgenommen für die, welche Passierscheine besitzen. Die Bahnlinien sind lediglich für Truppenzwecke reserviert. Es scheint, daß der Ausbruch eines Krieges unvermeidlich.

England.

— **(Die englische Thronrede.)** Anläßlich der Eröffnung der Parlamentstagung verlas der König folgende Thronrede: Meine Beziehungen mit allen auswärtigen Mächten sind fortgesetzt die freundschaftlichsten. Die Einführung des neuen Regimes in Südafrika erfolgt Ende Mai. Während dieser Zeit wird eine neue Regierung gebildet sein. Hierauf wird das neue Parlament zusammentreten. Ich werde meinen Sohn, den Prinzen von Wales, beauftragen, im Herbst eine umfassende Reise nach sämtlichen südafrikanischen Kolonien zu unternehmen, um in meinem Namen die erste Tagung des südafrikanischen Parlaments zu eröffnen und auch in meinem Namen und in dem des Kaiserreichs diesem Parlament unsere Wünsche für die Ausdehnung und das Wohlergehen der Bevölkerung zu übermitteln. Das Budget für das nächste Rechnungsjahr wird rechtzeitig eingebracht werden. Das Budget ist verfaßt worden mit Rücksicht auf die notwendigen Ersparnisse. Die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung des Reiches und speziell der Marine haben bedeutend mehr Ausgaben veranlaßt.

— **(Prinz Heinrich in England.)** Die „Morning Post" teilt mit, daß Prinz und Prinzessin Heinrich doch noch 14 Tage länger in England bleiben werden als ursprünglich in Aussicht genommen war. Der Besuch im Buckinghampalast endigte allerdings Dienstag. Prinz Heinrich war Dienstag nach Coventry gefahren, um die dortige Motorfabrik der Firma Daimler zu besichtigen. Die Rückkehr nach London erfolgte am Abend.

Amerika.

— **(Zum Eisenbahnerstreik in Amerika.)** Clarence Pratt, der Organisator des Straßenbahnerstreiks in Philadelphia, wurde wegen Anstiftung der Unruhen verhaftet. Die Situation ist unverändert ernst. Es wird beabsichtigt, Truppen zur Wiederherstellung der Ruhe heranzuziehen.